

Volks-Zeitung

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus-GartenZtg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“

Schlesingerstr. 4, Rosenberger Str. 77, Fehrlitz 1, Baderstr. 41, Bismarckstr. 20, Bismarckstr. 22, Bismarckstr. 24, Bismarckstr. 26, Bismarckstr. 28, Bismarckstr. 30, Bismarckstr. 32, Bismarckstr. 34, Bismarckstr. 36, Bismarckstr. 38, Bismarckstr. 40, Bismarckstr. 42, Bismarckstr. 44, Bismarckstr. 46, Bismarckstr. 48, Bismarckstr. 50, Bismarckstr. 52, Bismarckstr. 54, Bismarckstr. 56, Bismarckstr. 58, Bismarckstr. 60, Bismarckstr. 62, Bismarckstr. 64, Bismarckstr. 66, Bismarckstr. 68, Bismarckstr. 70, Bismarckstr. 72, Bismarckstr. 74, Bismarckstr. 76, Bismarckstr. 78, Bismarckstr. 80, Bismarckstr. 82, Bismarckstr. 84, Bismarckstr. 86, Bismarckstr. 88, Bismarckstr. 90, Bismarckstr. 92, Bismarckstr. 94, Bismarckstr. 96, Bismarckstr. 98, Bismarckstr. 100.

Freiwillige tägliche zweimalige, Sonntags, Feiertags und Montage einmalige Anzeigenannahme...
Redaktion: Otto Naschke.

Der Genfer Pakt in Gefahr?

Die Sonderwünsche der Japaner - Bemühungen um einen Ausgleich

Genf, 29. September. (Eigene Meldung.)

Die Lage in Genf ist kritisch. Die Ansprüche der japanischen Delegation sind in erster Linie, daß ein neuer in der Frage der Einwanderung nach Amerika, noch in der Frage der Gleichberechtigung in den englischen Dominions nachzugehen. Vermittlungsversuche sind eingeleitet.

Genf, 29. September. (W. I. B.)

Somit die Verhandlungen unter den Mitwirkenden der Vierer-Gruppe sind auch die heute nachmittag abendende Sitzung des Interzonalen Komitees zu seiner Einigung in der Frage der japanischen Abänderungsanträge zum Schieds- und Sanctionsprotokoll, so daß der Interzonalen Kommissionsbericht vorläufig fertig ist. Der Bericht wird nach dem Abschluß der Verhandlungen am 30. September in der Versammlung des Völkerbundes vorgelesen werden. Die Verhandlungen werden morgen vorläufig vorläufig die Verhandlung nicht abgeschlossen werden, damit zunächst die japanischen Abänderungen der Kommissionen zu Ende geführt werden können.

Auf letzten der japanischen Delegation erklärt man, daß Japan an der Zurückgabe der betroffenen Gebiete bestehen müsse. Was den Japanern wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich hier um die gegenwärtig wichtigste Frage der japanischen Außenpolitik handle, und daß Japan weder in der Frage der Einwanderung nach Amerika, noch in der Frage der Gleichberechtigung in den englischen Dominions höhere diplomatische Verhandlungen dadurch von vornherein führen dürfe, indem es zulasse, daß diese Angelegenheiten vom Schlichtungsverfahren des Völkerbundes ausgeschlossen und dadurch vom Völkerbund selbst als Fragen der inneren Zuständigkeit Amerikas und der Dominions anerkannt werden. Wenn der Völkerbund es ab, in diesen Fällen die Völkerbundsgesetze anzuhängen, so könne Japan dem Protokoll nicht zustimmen, auch wenn dadurch das Protokoll selbst zum Scheitern gebracht würde.

Die Beratungen über die durch die japanische Stellungnahme hervorgerufenen Schwierigkeiten werden noch dadurch kompliziert, daß verschiedene Delegationen, so Neuseeland und Australien für den Fall der Annahme der japanischen Wünsche damit gedroht haben sollen, daß sie das Protokoll nicht unterzeichnen würden. Die Lage ist damit außerordentlich geworden.

Genf, 29. September. (W. I. B.)

Zuletzt ist ein Viererentscheidungsprotokoll, der aus dem Japaner Nishi und den drei Staatsanwälten Brand, Gensch und Politis besteht. Die letztgenannten werden verlangen, den Japaner zum Nachgeben zu überreden oder außerhalb Japans die japanische Delegation zu bewegen, sich bei der Abstimmung über das Schiedsprotokoll der Stimme zu enthalten. Ob das gelingen wird, kann zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die Lage läßt sich durch den Ausschluß eines Völkerbundesdelegierten charakterisieren, der sich äußerte: „Die Japaner wollen sich ihren zufünftigen Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht durch den Völkerbund vermeiden lassen.“ Der japanische Ausschluß hat das Interesse für den Völkerbund in Genf wiederum sehr rasch gemindert. Kennzeichnend für amerikanische Interessen sind eine große Anzahl amerikanischer Journalisten ist gestern wieder in Genf eingetroffen. Diese kritische Situation wird heute abend auch im „Journal de Genève“ außerordentlich eingehend behandelt.



Der republikanische Zug in Rom.

Frankreichs Stellung zum deutschen Memorandum

Deutschland stellt nur Fragen, keine Bedingungen

Paris, 29. September. (G. F.)

Zu dem von dem deutschen Völkerbund Herr v. Hoech heute übergebenen Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird von französischer Seite bemerkt, daß eine Veröffentlichung vorläufig nicht erfolgen könne, da die Inhalte hierzu von deutscher Seite ausgeben müßte, was bisher nicht geschehen ist. Auf der deutschen Seite ist wurde hierzu erwidert, daß das deutsche Memorandum die französische Regierung sei, zu dem von Deutschland dargelegten Standpunkt Stellung zu nehmen. Der für nächsten Donnerstag nachmittags um 4 Uhr nach Mitternacht unter dem Vorbehalt von Zuzugener einberufene Ministerrat wird sich mit dem Memorandum beschäftigen.

Paris, 29. September. (G. F.)

Auf Grund zuverlässiger Informationen kann mitgeteilt werden, daß Herr v. Hoech in seinen persönlichen Ausführenden seinen Bericht den auftritten und ersten Wunsch Deutschlands zum Ausdruck gebracht hat, in den Völkerbund einzutreten. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei dem deutschen Memorandum lediglich darum handelt, die Situation zwischen den hauptsächlich beteiligten Staaten zu klären, damit nicht durch einen unvernünftigen Antrag auf Eintritte in den Völkerbund ohne vorherige Klärung des Lage neue politische Schwierigkeiten entstehen können. Das deutsche Memorandum soll nur Anfragen, aber keine Bedingungen Deutschlands enthalten. Die Hauptfrage bezieht sich auf das Problem eines deutschen Sitzes im Völkerbundsrat, wobei nebenbei auch die Frage aufgeworfen wird, wie es mit einer partiellen Völkerbundorganisation in den übrigen Völkerbundstaaten aussieht. Die Kriegsfrage wird in dem deutschen Memorandum in irgendeiner Art angeschnitten und der deutsche Völkerbundrat, wobei nebenbei auch die Frage aufgeworfen wird, wie es mit einer partiellen Völkerbundorganisation in den übrigen Völkerbundstaaten aussieht. Die Kriegsfrage wird in dem deutschen Memorandum in irgendeiner Art angeschnitten und der deutsche Völkerbundrat, wobei nebenbei auch die Frage aufgeworfen wird, wie es mit einer partiellen Völkerbundorganisation in den übrigen Völkerbundstaaten aussieht.

London, 29. September. (W. I. B.)

Der Völkerbundrat hat heute um 4 Uhr zum Ministerrat des Dominions zwei Übermittlungen des deutschen Memorandums betreffend den Völkerbund.

Brüssel, 29. September. (W. I. B.)

Der deutsche Gesandte übermittelte heute morgen dem Ministerrat des Dominions das Memorandum betreffend den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Bevorstehender Rücktritt Lord d'Abernons

Besuch bei MacDonald

London, 29. September. (W. I. B.)

Der Berliner Völkerbund Lord d'Abernon besuchte Mac Donald vor dem Zusammentritt des Kabinetts. Es verlautet, daß d'Abernon Ende des Jahres zurücktreten wird.

Kritische Lage bei Mexiko

Eine Schlacht wird erwartet

London, 29. September. (W. I. B.)

Reuter meldet aus Mexiko, daß nur ungenaue Nachrichten über die Lage bei Mexiko vorliegen, die zweifellos kritisch geworden ist. Die Entfernung der Zivilbevölkerung habe begonnen. Die Überführung der Regierung von Mexiko nach Tijuana unter den Mauern Mexikos. Eine Schlacht wird erwartet.

London, 29. September. (W. I. B.)

Der Verlust, den die Gedächtnisstruppen unternehmen, um die Flüchtlinge von den Wahlorten zu entfernen, ist Zeit wieder zu erörtern, scheint sich gegen Mexiko nicht weiter vorwärts zu kommen, obwohl berichtet wird, daß die Bevölkerung zu Hunderten aus der Stadt flüchte.

London, 29. September. (W. I. B.)

Beichte vom Irak melden, daß die Briten infolge des Einfalls der irakischen Truppen in den Irak nach Madaba flüchten. Die Lage dieser Rückflüchte ist sehr ernst, und da Madaba nur eine kleine Stadt sei, seien die Schwierigkeiten in ihrer Unterbringung sehr groß.

Schnelldienst

General Degoutte erließ eine Reihe besonderer Verfügungen, wenn die Befehle in den in London getroffenen Vereinbarungen empfangen. Die britische Gerichtsbarkeit wird wiederhergestellt. Alle bis zum 1. Oktober 1924 anlässlich der 100-Jahrefeier für den Vertrag von Versailles geltenden Bestimmungen werden aufgehoben. Die deutsche Delegation, die beauftragt ist, die deutsch-französischen Handelsverträge zu erneuern, wird heute in Paris erwartet.

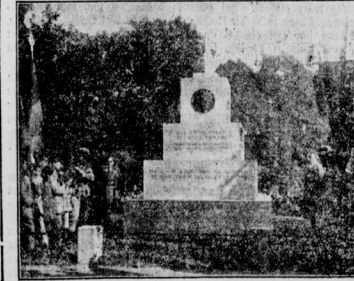
Rentenfrach

Soziale Aufmerksamkeit - Entschaffung der Milchbedürftigen Standardpapier - Konvention - Zukunftsprognosen?

Dr. Adolf Roeder

Der Rentenmarkt war in den letzten Wochen häufig schweren Schwankungen ausgesetzt, die Stürme, die am Donnerstag und Freitag über ihn hinwegzogen, fielen aber alles bisher Dagewesene in den Schatten. Am Donnerstag kam der Kurs der Kriegsanleihe, der am Freitag zum Abschluß stand, auf einen tiefsten Stand von etwa 60 Milliarden Prozent, und am Freitag bewegte er sich teilweise sogar noch unter 400 Milliarden Prozent. In ähnlicher Weise sanken die Kurse preussischer Konsols, der A-Schatzangelegenheiten, der Schutzgebietsanleihe und der Zwangsanleihe in die Tiefe. Man hätte fast nur noch Briefstücke, und es schien, als ob jede Rettung aus dem Markt geworenen Material aufzunehmen, geschehen würde. Die Stimmung war außerordentlich erregt, und es schickte nicht viel an einem völligen Zusammenbruch dieser Märkte. Wenn es nicht dazu kam, so lag dies daran, daß die Waiseinführung es für richtig hielt, an dem innerhalb zweier Tage etwa auf den dritten Teil ermäßigten Kursen zu bedungen vorzunehmen und die erzielten Gewinne sicherzustellen. Die Zeit bevor, die auf solche Weise operieren konnten, dürfte freilich weit übertrieben werden von denen, die durch den Kursrückgang weite Verluste erlitten haben. In den Köpfen der Spekulation und des Publikums hatte sich größtenteils der Gedanke festgesetzt, daß unbedingt mit einer gewissen Verzinsung und eventuell auch mit einer Aufwertung der Anleihen des Reiches und Preussens zu rechnen sei. Alle Elemente der Regierung vermochten diese Auffassung nicht zu erschüttern, zumal da die im Aufwertungsaußschuß gestellten Anträge Aufwertungs- und Verzinsungsprognosen näherten. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte daher die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß nur den Bedürfnissen unter den Kriegsanleihegeheimen finanzielle Hilfe gebracht werden soll.

In dem Plan, den der Reichsfinanzminister dem Ausschuss für die Aufwertungsangelegenheiten vorgelegt hat, wird nur von Kriegsanleihegeheimen gesprochen, und zwar soll derjenige, der weder aus eigenem Vermögen noch durch eigene Arbeit seinen Unterhalt bestreiten kann, auf Lebenszeit - nach dem Tode geht der Anspruch auf den Ehegatten über - eine Rente erhalten. Ihre Höhe richtet sich nach dem Betrage, den der Berechtigte dem Reich in selbstgeschaffener Kriegsanleihe überträgt. Bei den einzelnen Berechtigten wird die Rente jedoch mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Mittel dem Betrag von 1000 Reichsmark für das Jahr nicht übersteigern können. Sie soll auf 2 Reichsmark je Jahr auf 100 Papier-



Das Denkmal Ludwig Franz.